

Herrn
Landrat Joachim Walter
Landratsamt Tübingen

02.03.2024

Sehr geehrter Herr Landrat Walter,
seit Wochen wird in der Bundesregierung diskutiert, ob eine Bezahlkarte für Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und für Geflüchtete aus der Ukraine eingeführt wird. Seit heute scheint die Bundesregierung insgesamt die Einführung möglich zu machen. Dennoch ist zu lesen, dass es weiterhin im Detail Konflikte geben soll. Die Rechtssicherheit der Bezahlkarte muss gewährleistet sein. Die Länder haben sich schon seit geraumer Zeit auf bundeseinheitliche Mindeststandards verständigt. Es ist deshalb notwendig auf kommunaler Ebene die Weichen zu stellen. Wir beantragen deshalb, dass die Landkreisverwaltung die Voraussetzungen schafft, dass im Landkreis Tübingen die Bezahlkarte für den vorgesehenen Personenkreis so rasch als möglich eingeführt werden kann. Es ist dem sozialen und gesellschaftlichen Frieden in unserem Landkreis, aber auch generell, mehr als zuträglich, wenn durch die Bezahlkarte Missbrauch von Sozialleistungen verhindert wird. Die Bezahlkarte stellt aus unserer Sicht darüber hinaus ein wirksames Mittel dar, den Anreiz zur illegalen Migration zu reduzieren. Letztlich kann dadurch eine Entlastung der Behörden und der Sozialhaushalte erreicht werden.

Für die CDU-Fraktion



Für die FWV-Fraktion

